

Christian Pammer

## **Der Einfluss von Wirtschaftstheorien auf den Sozialstaat**

*Theoretische Grundlagen und empirische Darstellung  
am Beispiel der österreichischen Pensionsreformen  
2003 und 2004*

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2006 Diplom.de  
ISBN: 9783836641227

**Christian Pammer**

# **Der Einfluss von Wirtschaftstheorien auf den Sozialstaat**

**Theoretische Grundlagen und empirische Darstellung am Beispiel der österreichischen Pensionsreformen 2003 und 2004**



Christian Pammer

## **Der Einfluss von Wirtschaftstheorien auf den Sozialstaat**

*Theoretische Grundlagen und empirische Darstellung  
am Beispiel der österreichischen Pensionsreformen  
2003 und 2004*

Christian Pammer

**Der Einfluss von Wirtschaftstheorien auf den Sozialstaat**

Theoretische Grundlagen und empirische Darstellung am Beispiel der österreichischen Pensionsreformen 2003 und 2004

ISBN: 978-3-8366-4122-7

Herstellung: Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2010

Zugl. Universität Wien, Wien, Österreich, Diplomarbeit, 2006

---

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und der Verlag, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Diplomica Verlag GmbH

<http://www.diplomica.de>, Hamburg 2010

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>8</b>
<b>2</b>	<b>WIRTSCHAFTSTHEORIE.....</b>	<b>15</b>
<b>2.1</b>	<b>Die klassische politische Ökonomie.....</b>	<b>16</b>
2.1.1	Der Ausgangspunkt .....	16
2.1.2	Das klassische Modell .....	18
2.1.3	Die Staatsaufgaben und das Verhältnis von Staat & Ökonomie.....	22
2.1.4	Die Kritik .....	24
<b>2.2</b>	<b>Die Grenznutzenschule.....</b>	<b>26</b>
2.2.1	Der Ausgangspunkt .....	26
2.2.2	Das Grenznutzenmodell .....	27
<b>2.3</b>	<b>Die Wohlfahrtsökonomik .....</b>	<b>29</b>
2.3.1	Der Ausgangspunkt .....	29
2.3.2	Das wohlfahrtsökonomische Modell .....	30
2.3.3	Die Wohlfahrtsfunktion .....	32
2.3.4	Die Staatsaufgaben und das Verhältnis von Staat & Ökonomie.....	33
2.3.5	Kritik der Wohlfahrtsökonomik und der Grenznutzenschule .....	34
<b>2.4</b>	<b>Der Keynesianismus .....</b>	<b>37</b>
2.4.1	Der Ausgangspunkt .....	37
2.4.2	Das keynesianische Modell .....	39
2.4.3	Die Staatsaufgaben und das Verhältnis von Staat & Ökonomie.....	43
2.4.4	Die Kritik .....	45
<b>3</b>	<b>DER NEOLIBERALISMUS .....</b>	<b>47</b>
<b>3.1</b>	<b>Der Neoliberalismus als Wirtschaftstheorie.....</b>	<b>48</b>
<b>3.2</b>	<b>Der Ordoliberalismus .....</b>	<b>48</b>
3.2.1	Der Ausgangspunkt .....	48
3.2.2	Das ordoliberalere Modell.....	49
3.2.3	Die Staatsaufgaben und das Verhältnis von Staat & Ökonomie.....	51
<b>3.3</b>	<b>Der Monetarismus .....</b>	<b>53</b>
3.3.1	Der Ausgangspunkt .....	53
3.3.2	Das Monetaristische Modell .....	54
3.3.3	Die Staatsaufgaben und das Verhältnis von Staat & Ökonomie.....	55
3.3.4	Kritik des Monetarismus .....	57
3.3.5	Monetarismus versus Keynesianismus .....	58

<b>3.4 Die wirtschaftspolitische Umsetzung von Monetarismus und Keynesianismus .....</b>	<b>60</b>
3.4.1 Angebotspolitik versus Nachfragepolitik .....	61
3.4.2 Die Wirtschaftspolitik der Angebotsökonomie .....	62
3.4.3 Das Verhältnis von Angebots- und Nachfragepolitik.....	69
3.4.4 Die Kritik an der Angebotspolitik.....	70
<b>3.5 Der Neoliberalismus als Gesellschaftstheorie .....</b>	<b>73</b>
3.5.1 Der methodologische Individualismus .....	73
3.5.2 Der homo oeconomicus.....	75
3.5.3 Die Kritik am homo oeconomicus und seiner Gesellschaft.....	83
3.5.4 Das Gesellschaftsmodell von Hayek .....	87
<b>3.6 Durchsetzungsgeschichte des Neoliberalismus.....</b>	<b>93</b>
3.6.1 Die Hegemonie bei Gramsci.....	93
3.6.2 Der Aufstieg des Neoliberalismus zur hegemonialen Ordnung: Drei Erklärungsversuche .....	99
<b>3.7 Neoliberale Kritik am Sozialstaat .....</b>	<b>106</b>
<b>3.8 Kritik an der neoliberalen Sozialstaatskritik.....</b>	<b>113</b>
<b>4 DER ÖSTERREICHISCHE SOZIALSTAAT .....</b>	<b>117</b>
<b>4.1 Charakteristika und historische Entwicklung .....</b>	<b>117</b>
<b>4.2 Gestaltungsprinzipien der österreichischen Sozialpolitik .....</b>	<b>121</b>
<b>4.3 Die Sozialausgaben.....</b>	<b>124</b>
4.3.1 Vorbemerkung.....	125
4.3.2 Sozialausgaben.....	127
4.3.3 Gliederung der Sozialausgaben .....	129
4.3.4 Finanzierungsquellen .....	130
4.3.5 Internationaler Vergleich.....	131
<b>4.4 Akteure der Sozialpolitik.....</b>	<b>132</b>
4.4.1 Veränderungen in der Akteurskonstellation.....	135
<b>4.5 Zusammenfassende Darstellung .....</b>	<b>137</b>
<b>5 DIE SOZIALVERSICHERUNG.....</b>	<b>140</b>
<b>5.1 Institutionen.....</b>	<b>140</b>
5.1.1 Interne Organisation: Selbstverwaltung.....	142
<b>5.2 Versichertenkreis .....</b>	<b>144</b>

<b>5.3</b>	<b>Einnahmen.....</b>	<b>145</b>
<b>5.4</b>	<b>Ausgaben.....</b>	<b>147</b>
<b>6</b>	<b>DIE PENSIONSVERSICHERUNG .....</b>	<b>149</b>
<b>6.1</b>	<b>Pensionsversicherte .....</b>	<b>149</b>
<b>6.2</b>	<b>Pensionsarten.....</b>	<b>150</b>
<b>6.3</b>	<b>Pensionsvoraussetzungen .....</b>	<b>153</b>
6.3.1	Alterspension nach dem Allgemeinen Pensionsgesetz (APG; Neurecht).....	153
6.3.2	Alterspension nach dem ASVG (Altrecht).....	154
6.3.3	Vorzeitige Alterspension aufgrund langer Versicherungsdauer.....	155
6.3.4	Korridorpension .....	156
6.3.5	Schwerarbeitspension .....	156
<b>6.4</b>	<b>Pensionsstände.....</b>	<b>157</b>
<b>6.5</b>	<b>Pensionsantrittsalter.....</b>	<b>158</b>
<b>6.6</b>	<b>Pensionsberechnung .....</b>	<b>160</b>
6.6.1	Pensionsberechnung nach dem APG (Neurecht).....	160
6.6.2	Pensionsberechnung nach dem ASVG (Altrecht) .....	161
6.6.3	Pensionshöhe.....	164
<b>6.7</b>	<b>Pensionsfinanzierung .....</b>	<b>167</b>
<b>6.8</b>	<b>Pensionsbelastungsquote .....</b>	<b>170</b>
<b>6.9</b>	<b>Die Entwicklung der Pensionsversicherung in der Zweiten Republik</b>	<b>172</b>
<b>6.10</b>	<b>Die Pensionsreform 2003.....</b>	<b>177</b>
6.10.1	Entstehungsgeschichte .....	177
6.10.2	Inhalt der Pensionsreform 2003 .....	178
6.10.3	Analyse der Pensionsreform 2003 .....	182
<b>6.11</b>	<b>Die Pensionsharmonisierung 2004 .....</b>	<b>190</b>
6.11.1	Entstehungsgeschichte .....	190
6.11.2	Inhalt der Pensionsharmonisierung 2004 .....	191
6.11.3	Analyse der Pensionsharmonisierung .....	196

<b>7</b>	<b>BUNDESKANZLER SCHÜSSEL UND FINANZMINISTER GRASSER: WIRTSCHAFTLIBERALE KRITIK UND UMBAU DES SOZIALSTAATS .....</b>	<b>199</b>
<b>8</b>	<b>RESÜMEE .....</b>	<b>210</b>
<b>9</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS .....</b>	<b>212</b>

# 1 EINLEITUNG

Die Ausgangsthese der Arbeit lautet, dass Interdependenzen zwischen wirtschaftstheoretischen Vorstellungen und konkreten Veränderungen in den verschiedenen Politikfeldern bestehen. Selbstverständlich wirkt die wissenschaftliche Theorie nicht direkt, durch ihr bloßes Vorhandensein, auf die politische Praxis ein, aber sie gibt den politischen Akteuren Handlungsanleitungen und/oder Legitimationsinstrumente zur Hand, die sie zur Verfolgung ihrer Interessen nutzen und einsetzen können.

In der Regierungserklärung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel aus dem Jahr 2000, dem komprimierten Programm der ÖVP-FPÖ Regierungskoalition, wurden die inhaltlichen Vorstellungen zu den verschiedenen Politikfeldern jeweils mit „Neu regieren heißt“ präsentiert. Dieses „Neu regieren“ implizierte, im Bereich des politischen Prozesses, eine Abkehr vom bisherigen konsensorientierten Muster der Entscheidungsfindung und, im Bereich der politischen Inhalte, eine grundsätzliche Veränderung in der inhaltlichen Ausrichtung des österreichischen Sozialstaats.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Zielvorstellungen der ÖVP-FPÖ und später der ÖVP-BZÖ Regierung, ablesbar an Regierungsprogrammen, Regierungserklärungen und Reden von zentralen Repräsentanten der Regierung, orientierten sich dabei wesentlich an neoliberalen beziehungsweise angebotspolitischen Theorien und Konzeptionen. Daraus ergibt sich erstens ein generelles Misstrauen gegenüber vielen Leistungen des öffentlichen Bereichs und die daraus abgeleitete Forderung nach staatlicher Aufgabenbeschränkung und einem schlanken Staat. Zweitens werden als zentrale Staatsaufgabe die Förderung von

„aktiven“, zukunftsorientierten Investitionsleistungen (Forschung und Entwicklung, Infrastruktur) zuungunsten von „passiven“, gegenwartsbezogenen Transferleistungen (Verwaltung, Subventionen, soziale Leistungen) definiert. Mit diesen Festlegungen ist der gut ausgebaute, wenngleich auf manche neuen gesellschaftlichen Entwicklungen nur unzureichend reagierende, österreichische Sozialstaat in die Defensive und unter politischen Druck geraten. Die Unterordnung von sozialpolitischen unter wirtschafts- und standortpolitische Überlegungen muss als gegeben angenommen werden.

Diese politischen und ideologischen Entwicklungen sind allerdings nicht allein mit dem Regierungswechsel - von der Großen Koalition zur Rechtskoalition - zu erklären.

Die politische Unterstützung des Sozialstaats nimmt – wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß – quer durch die politischen Parteien hindurch ab. So gibt es vielen Ländern der Europäischen Union (EU-15), obwohl sie von unterschiedlichen Parteien bzw. Parteikoalitionen regiert werden, ähnlich gelagerte Ziele und Maßnahmen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die häufig einer neoliberalen Logik folgen.

Im Mainstream der Wirtschaftstheorie wurde dieser neoliberale Trend der Politik vorweggenommen. Die meisten Ökonomen wandten sich bereits in den 1960er Jahren von keynesianischen Ansätzen ab und monetaristischen zu. Da (Teile von) Wirtschaftstheorien häufig von politischen Akteuren aufgenommen werden um entweder als inhaltliche Anstöße oder als nachträgliche Begründung für politische Entscheidungen zu fungieren, sind die Konjunkturen der Wirtschaftstheorien nicht nur in ihrem unmittelbaren, wissenschaftlichem Feld, sondern darüber hinaus politisch von großer Bedeutung. Die ökonomischen Wirkungen sozialstaatlicher Leistungen, zum Beispiel, fällt

bei keynesianisch orientierten Wissenschaftlern und Politikern sehr viel positiver aus, als dies bei Anhängern von monetaristischen Konzepten der Fall ist.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftswissenschaftlichen Überlegungen wird der österreichische Sozialstaat, mit dem Schwerpunkt gesetzliche Pensionsversicherung, dargestellt. Besonderes Augenmerk wird auf die Analyse der Pensionsreform 2003<sup>1</sup> und der Pensionsharmonisierung 2004 gelegt.

Die mit den Reformen einhergehende Kürzung der durchschnittlichen Pensionsleistung und der erschwerte Zugang zu Pensionen sowie der Abgang von der Lebensstandardsicherung und die intendierte Etablierung eines 3-Säulen Pensionsmodells werden in dieser Arbeit als Ausdruck von veränderten politischen Prioritäten (Stichwörter: Mehr Privat – Weniger Staat; Dominanz der Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik) interpretiert.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Wirtschaftstheorie. Zuerst wird die klassische politische Ökonomie dargestellt, die den Beginn der Wirtschaftswissenschaft markiert und Staat und Ökonomie erstmals nicht als Einheit, sondern als Gegensatz betrachtete. Ab diesem Zeitpunkt beinhaltet makroökonomische Wirtschaftstheorie immer auch eine Festlegung des Verhältnisses von Staat und Ökonomie und wirkt dadurch potentiell auf die Politik ein. Dann werden Grenznutzenschule und Wohlfahrtsökonomik (d.h. die Neoklassik) präsentiert, welche die

---

<sup>1</sup> Eine Analyse der Pensionsreform 2003 aus einer anderen Perspektive, aus Sicht der Sozialstaatsforschung, liegt bereits vor: Vgl. Wiedermann, Clemens, Pensionsreform 2003. Sozialstaatsrückbau im Spiegel der Sozialpolitikforschung, Diplomarbeit, Wien 2004

Vorläufer beziehungsweise die Basis des Monetarismus - der führenden neoliberalen Wirtschaftstheorie - sind. Es folgt die Präsentation des großen „Gegenspielers“ der neoklassischen und neoliberalen Wirtschaftstheorie, des Keynesianismus. Dieser hat mit zentralen Theoremen der neoklassischen Wirtschaftstheorien gebrochen, dem Staat wichtige wirtschaftliche Funktionen zugestanden und legte den Ausbau des Wohlfahrtsstaats auch aus volkswirtschaftlichen, nicht „nur“ aus sozialpolitischen, Gründen nahe.

Das nächste Kapitel behandelt den Neoliberalismus und ist zweigeteilt. Der erste Teil beschäftigt sich mit neoliberalen Wirtschaftstheorien. Darunter fallen der Ordoliberalismus, die deutsche Spielart des Neoliberalismus, vor allem aber der Monetarismus, die aktuell wichtigste neoliberale Wirtschaftstheorie. Anschließend werden die zentralen Unterschiede von Monetarismus und Keynesianismus gegenübergestellt und die wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen der Angebots- und Nachfragepolitik erläutert.

Im zweiten Teil wird auf die unterschiedlichen neoliberalen Vorstellungen über den Menschen (Stichwort: homo oeconomicus), die Gesellschaft und den Staat sowie dessen Aufgaben eingegangen. Weiters wird die Frage beantwortet, wie es dem Neoliberalismus gelungen ist zur hegemonialen Wirtschaftstheorie und -politik aufzusteigen. Schließlich wird die neoliberal und angebotspolitisch motivierte Kritik am Sozialstaat besprochen, analysiert und kritisiert.

Im Abschnitt über den österreichischen Sozialstaat wird auf die Charakteristiken und Gestaltungsprinzipien des österreichischen Sozialstaats eingegangen. Weiters werden diverse Fakten zu den Sozialausgaben präsentiert. Auch die Akteure der Sozialpolitik und die

historischen Veränderungen der Akteurskonstellationen werden besprochen.

Es folgt die Darstellung der Sozialversicherung, dem wichtigsten Bestandteil des österreichischen Sozialsystems. Zuerst werden die Institutionen und deren Organisation vorgestellt. Anschließend werden Daten zu den Versicherten sowie zur Einnahmen- und Ausgabensituation aufbereitet und analysiert.

Im Kapitel Pensionsversicherung, dabei handelt es sich um den quantitativ größten Zweig der Sozialversicherung, werden zahlreiche Daten und Fakten über die wesentlichsten Ausprägungen und Merkmale der Pensionsversicherung vorgestellt und untersucht. Behandelt werden überblicksweise die Pensionsarten und die Pensionsvoraussetzungen, die Pensionsstände und das Pensionsantrittsalter, die Pensionsberechnung, die Pensionsfinanzierung sowie die Pensionsbelastungsquote.

Danach wird die die Geschichte der Pensionsversicherung in der Zweiten Republik skizziert. Schwerpunkt des Kapitels sind jedoch die Entstehungsgeschichte, die Regelungen und die Auswirkungen der Pensionsreform 2003 und der Pensionsharmonisierung 2004.

Danach wird der Zusammenhang von wirtschaftstheoretischen Vorstellungen und (sozial)politischer Praxis an Hand zweier handelnder Personen geprüft. Zu diesem Zweck werden zentrale Dokumente von Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser, hauptsächlich aus der Zeit der ÖVP-FPÖ Regierungsperiode, analysiert.

Im Resümee wird der methodische Ansatz kurz reflektiert.

Methodisch wurde mit Inhaltsanalysen von Sekundärliteratur gearbeitet. Sekundärliteratur ist aufgrund der thematischen Breite des Themas in sehr großer Anzahl verfügbar. Das diesbezügliche Problem bestand deshalb nicht in der Beschaffung, sondern in der sinnvollen Auswahl und Zusammenstellung der vorhandenen Materialien. Als Ergänzung zu Monographien und Sammelbänden wurden auch Informationsbroschüren, Partei- und Regierungsprogramme sowie relevante Fachartikel herangezogen.

Für die Analyse der Pensionsreform 2003 beziehungsweise der Pensionsharmonisierung 2004 waren die Stenographischen Protokolle der zugehörigen Nationalratssitzungen wichtig.

Die für den deskriptiven Teil der Arbeit benötigten Daten und Statistiken sind hauptsächlich der Homepage des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz sowie der Homepage des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungen entnommen.

Für die Darstellung des Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitikverständnisses von Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser werden folgende Dokumente analysiert: Regierungserklärung 2000, Regierungserklärung 2003, Regierungsprogramm 2003-2006, Budgetrede 2003/2004, Homepage von Karl-Heinz Grasser und von Wolfgang Schüssel.

Zum Abschluss der Einleitung soll festgehalten werden, dass die Arbeit die komplexe Fragestellung des Einflusses der Wirtschaftstheorie auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik sicher nur in Ausschnitten beantworten kann.

Die vorliegende Arbeit liefert dennoch einen Beitrag zur Erhellung des Umstands, dass Wirtschaftstheorien wichtige Ideen- und

Legitimationslieferanten für die politischen Akteure sind und durch ihre Aufnahme bzw. Nicht-Aufnahme in den politischen Diskurs für konkrete Veränderungen im Feld der Sozialpolitik relevant sind.

## 2 WIRTSCHAFTSTHEORIE

In diesem Abschnitt werden die wichtigsten Phasen der nationalökonomischen Dogmengeschichte vorgestellt.

Schwerpunkt dabei ist die Vermittlung der grundlegenden Charakteristiken des jeweiligen ökonomischen Modells. Danach werden die mit dem wirtschaftstheoretischen Modell implizierten Auswirkungen auf die Staatsaufgaben skizziert. Von besonderer Relevanz ist das Verhältnis von Staat und Ökonomie beziehungsweise die Wichtigkeit der beiden Sphären.

Dieses Kapitel zur Wirtschaftstheorie fällt deshalb relativ umfangreich, da diese Arbeit die These vertritt, dass wirtschaftstheoretischen Ideen einen wesentlichen Einfluss auf das Denken der politischen Akteure und, als Folge davon, auf die Gestaltung der Gesellschaft besitzen. Diesen Umstand strich zum Beispiel Keynes stark hervor: „Von dieser zeitgenössischen Stimmung (der 30er Jahre; Anmerkung CP) abgesehen, sind aber die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht, als wenn sie im Unrecht sind, einflussreicher, als gemeinhin angenommen wird. Die Welt wird in der Tat durch nicht viel anderes beherrscht. Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen.“<sup>2</sup>

Mit der Konzeption der klassischen Ökonomie durch Smith wurde ein neuer Gegensatz entworfen, Staat versus Markt. In den

vorkapitalistischen Epochen konnten diese beiden Sphären nicht voneinander getrennt werden. Nun aber gilt: „Seit dieser Zeit (Klassik; CP) wird das gesellschaftspolitische und ökonomische Denken, wie in einem ständigen Pendelschlag, beherrscht vom Vertrauen auf die Wirkungskraft des freien Marktes einerseits und vom entgegenstehenden Vertrauen auf Politik/Staat andererseits(...)“<sup>3</sup>. Dieses Machtverhältnis zwischen Wirtschaft und Staat ist aufgrund der damit verbundenen, weitreichenden Folgen für die jeweilige Gesellschaft heftig umkämpft.

## 2.1 DIE KLASSISCHE POLITISCHE ÖKONOMIE

### 2.1.1 DER AUSGANGSPUNKT

Das wirtschaftlich immer bedeutender werdende Bürgertum wurde durch den Feudalstaat und die protektionistische Wirtschaftsordnung des Merkantilismus<sup>4</sup> in seinen wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Die Ideen des aufkeimenden politischen Liberalismus (u.a. Locke, Montesquieu, Rousseau, Kant), insbesondere der zentrale Wert der Freiheit des Individuums, wurden, ab Ende des

---

<sup>2</sup> Keynes, John Maynard, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 323

<sup>3</sup> Himmelmann, Gerhard, Markt und Politik/Staat, in: Nohlen, D./Schultze, R.O., Lexikon der Politik, Band 7: Politische Theorien, München 1998, S. 318

<sup>4</sup> Hauptzielsetzung des Merkantilismus war - mittels Steigerung der Produktivität, einer zentralisierten Wirtschafts- und Rechtsordnung, einer positiven Handelsbilanz sowie einer Politik des Bevölkerungswachstums - die Wirtschaftskraft des eigenen Landes zu steigern, um ökonomisch und dadurch mittelbar auch politisch mächtiger zu werden. Zu den vorklassischen, nationalökonomischen Konzepten: Vgl. Schmidt, Karl-Heinz, Merkantilismus, Kameralismus, Physiokratie, in: Issing, Otmar (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, München 2002, S. 37-66

18. Jahrhunderts, auch in den wirtschaftlichen Bereich übertragen. Damit war der Grundstein für eine paradigmatische Gegenbewegung zum Merkantilismus gelegt.

Großbritannien war die im Jahrhundert der Aufklärung wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittene Nation, in der sich teilweise die kapitalistische Produktionsweise durchgesetzt hatte. Es wundert daher kaum, dass die klassische politische Ökonomie schließlich in diesem Land von Adam Smith (1723-1790) begründet wurde. Weitere wichtige Autoren waren David Ricardo (1772-1823) und John Stuart Mill (1806-1873).

Smiths zentrale Abhandlung, seine 1776 erschienene „Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations“ zählt – neben dem Marxschen „Kapital“ – sicherlich als bekanntestes Buch der Wirtschaftsgeschichte. Das Werk beinhaltet die erste geschlossene Wirtschaftstheorie und gilt als begründendes Werk der Nationalökonomie: „Smith gilt als Begründer des sogenannten „ökonomischen Liberalismus“. „Liberalismus“ deswegen, weil die Hauptbotschaft dieser Lehre darin bestand, die wirtschaftlichen Aktivitäten (...) von allen staatlichen Reglementierungen zu befreien.“<sup>5</sup>

Smith kann ohne Zweifel als einer der bedeutendsten (politischen) Ökonomen der Geschichte bezeichnet werden: „Seine Vision trägt bis heute dazu bei, die Grundzüge einer auf freies Handeln gestützten Wirtschaftsordnung zu bestimmen“<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Senf, Bernd, Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, München 2002, S. 21

<sup>6</sup> Vgl. Schefold, Bertram/Carstensen, Kristian, Die klassische Politische Ökonomie, in: Issing, Otmar (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, München 2002, S. 70

Die ökonomischen Vorstellungen Adam Smiths setzten sich bald in allen entwickelten Ländern durch. Dies ist wohl zwei Umständen zu verdanken:

1. Es gelang ihm, die ökonomische Analyse mit einem neuen, philosophischen Gesamtentwurf für die Gesellschaft zu vereinen. Sowohl die wirtschafts-, als auch die gesellschaftspolitischen Implikationen seines Modells lagen im Interesse des Bürgertums, der – aus seiner Sicht zukünftig - herrschenden Klasse.
2. Die klassische Theorie war in der Angreiferposition (gegen den Merkantilismus), hatte kaum wirtschaftstheoretische Konkurrenz und die Unterstützung des Bürgertums. Diese Gründe führten dazu, dass sich die Klassik (mehr oder weniger stark und vorübergehend) in allen sich wirtschaftlich entwickelnden Ländern durchsetzen konnte.

## **2.1.2 DAS KLASSISCHE MODELL**

### **2.1.2.1 DIE ARBEITSTEILUNG/ DIE ARBEITSWERTLEHRE**

Entgegen der Annahmen der Merkantilisten, denen es in erster Linie um einen größtmöglichen Anteil eines bereits feststehenden (Welt)Sozialprodukts geht, geht Smith davon aus, dass die Vermehrung des Sozialprodukts mittels Produktivitätssteigerung maßgeblich für den (zukünftigen) Reichtum eines Landes ist. Der Wohlstand eines Landes

bestimmt sich Smith zufolge durch die Fortschritte in den Bereichen Arbeitsproduktivität und Kapitalakkumulation.<sup>7</sup>

Die Produktivitätssteigerung soll durch vermehrte Arbeitsteilung erfolgen. Damit wird Smith auch zum Begründer der Arbeitswertlehre: „Die Arbeitswertlehre geht davon aus, dass die Quelle gesellschaftlichen Reichtums in der Arbeit liegt.“<sup>8</sup> Smith hält für frühe Gesellschaften, die ohne wesentliche gesellschaftliche Differenzierungen funktionierten, fest, dass der Tauschwert dem Arbeitsaufwand entspricht, das heißt die jeweils nötigen Arbeitsquantitäten für die Herstellung der Waren sind gleichzeitig auch ihre Tauschwerte.<sup>9</sup>

Allerdings verändert sich dieser Mechanismus, wenn noch andere Produktionsfaktoren, sprich Kapital oder Boden, zusätzlich zur Arbeit für die Erstellung einer Ware nötig sind. Dann nämlich gilt etwas gänzlich anderes: „Dabei muss über das hinaus, was zur Bezahlung der Materialkosten und der Löhne der Arbeiter erforderlich ist, etwas für den Gewinn des Unternehmers des Ganzen gegeben werden, der bei diesem Unterfangen sein Vermögen aufs Spiel setzt.“<sup>10</sup>

Hier also verlässt Smith bereits wieder den Boden der Arbeitswerttheorie, „vielmehr wird bei ihm der Tauschwert durch die

---

<sup>7</sup> Vgl. Schefold, Bertram/Carstensen, Kristian, Die klassische Politische Ökonomie, in: Issing, Otmar (Hrsg.), Geschichte der Nationalökonomie, München 2002, S. 69f.

<sup>8</sup> Senf, Bernd, Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, München 2002, S. 22

<sup>9</sup> Zur Verdeutlichung dieses Postulats das Smithsche Beispiel aus der Praxis: „Wenn es in einem Jägervolk zum Beispiel üblicherweise doppelt soviel Arbeit kostet, einen Biber zu erlegen, wie ein Reh, sollte ein Biber natürlich gegen zwei Hirsche getauscht werden oder sie wert sein.“ (Smith, Adam, Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Band I, Düsseldorf 1999, S. 126)

<sup>10</sup> Smith, Adam, Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Band I, Düsseldorf 1999, S. 126f.

Produktionskosten plus Gewinnzuschlag zur Erzielung der gewöhnlichen Profitrate bestimmt“<sup>11</sup>.

### 2.1.2.2 DER MARKT

Die klassische Vorstellung des Marktes basiert auf dem gleichzeitigen Zusammenspiel von drei Teilmärkten (Kapital-, Waren- und Arbeitsmarkt), die so genau ineinander greifen, dass sich der Markt als Ganzes bei vollständigem Wettbewerb selbständig reguliert. Senf fasst diese Idee und das Zusammenspiel der drei Teilmärkte folgendermaßen zusammen: „Der Zinsmechanismus am Kapitalmarkt sorgt dafür, dass der durch Sparen entstandene Nachfrageausfall durch entsprechende Kredite für Investitionen ausgeglichen wird, so dass gesamtwirtschaftlich die Nachfrage ins Gleichgewicht zum angebotenen Sozialprodukt kommt. Dennoch können und werden sektorale Ungleichgewichte auftreten. In diesem Zusammenhang sorgt der Preismechanismus an den Gütermärkten dafür, dass Situationen von Nachfragemangel und Nachfrageüberhang durch entsprechende Preisveränderungen angezeigt werden und dass sich die jeweiligen Ungleichgewichte abbauen. Der Lohnmechanismus an den Arbeitsmärkten bewirkt, dass die Arbeitskräfte aus den Bereichen, in denen sie weniger gebraucht werden, in Bereiche abwandern, in denen sie mehr benötigt werden und entsprechende Löhne bekommen.“<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Kromphardt, Jürgen, Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus, Göttingen 2004, S. 78

<sup>12</sup> Senf, Bernd, Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, München 2002, S. 54

### 2.1.2.3 DIE UNSICHTBARE HAND

Laut Smith tendieren Märkte mit Hilfe des Preismechanismus dazu, dass diverse Handlungen von Individuen auf ein allgemeines Gleichgewicht hingelenkt werden. Der Markt wird als ein Koordinationssystem gedacht, dass, unter der Voraussetzung des vollständigen Wettbewerbs, die individuellen Interaktionen der Wirtschaftssubjekte aufeinander abstimmt. Entscheidend ist nun, dass für diese Präferenzabstimmungen keine übergeordnete Instanz, keine wie auch immer geartete Leistung gebraucht wird, sondern dass diese Leistung – und jetzt kommen wir wohl zum berühmtesten Diktum von Smith – von der „unsichtbaren Hand“ der Ökonomie erbracht wird.

Ein möglichst ungestörtes Wirken lassen der „unsichtbaren Hand“ dient nicht nur der Herstellung des Marktgleichgewichts, sondern hat zudem auch gesellschaftlich positive Folgewirkungen: Indem jeder einzelne Unternehmer danach trachtet, seinen Gewinn zu optimieren, ergibt dieses Handeln auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene das größtmögliche Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftsleistung wiederum ist die entscheidende materielle Ausgangsbasis für das Problemlösungspotential der Gesellschaft. Zusammenfassend bedeutet das, dass zwischen einzelwirtschaftlichen, gesamtsamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen demzufolge kein Widerspruch besteht.

Damit hat Smith auch ein Modell für den gesellschaftlichen Fortschritt entworfen: Der Eigennutz der Individuen, der als anthropologische Grundkonstante gedacht wird, führt unweigerlich und unbewusst zu gesamtwirtschaftlichen Vorteilen, die in einem nächsten Schritt zum Wohle der gesamten Gesellschaft genützt werden können.